

Indien im Überblick

zusammengestellt von Theodor Rathgeber

Coronavirus

Indien beklagte am 21. März die ersten vier Todesopfer nach einer Erkrankung mit Covid-19. Bis zu diesem Zeitpunkt waren laut *Times of India* 195 Infektionen gemeldet. Die niedrigen Zahlen hingen bis zu diesem Moment vermutlich damit zusammen, dass wenig getestet wurde. Die Regierung ergriff viele Maßnahmen, um die weitere Verbreitung zu unterbinden (siehe auch Artikel). Internationale Flüge wurden ab dem 22.03. gestrichen, Einkaufszentren, Kinos oder Restaurants geschlossen. In den Regionen Jammu und Kaschmir blieb die Beschränkung zu Internetdiensten allerdings bestehen, so dass auch Informationen über Gesundheit und Sicherheit nur eingeschränkt verfügbar waren. Befürchtet wurde, dass das Coronavirus die Proteste gegen das Staatsbürgerschaftsgesetz einbrechen lassen könnte.

Proteste gegen die Regierung

Zu den Protesten gegen die Regierung und die Reform des Staatsbürgerschaftsgesetzes (*Citizenship (Amendment) Act, CAA*) gibt es nachfolgend mehrere Artikel, so dass an dieser Stelle nur einige sonst nicht genannte Schlaglichter stehen. Im Februar zeichnete sich ab, dass die Reform des CAA eine nachhaltige Verstimmung in den diplomatischen Beziehungen zwischen Indien und Bangladesch nach sich ziehen wird. Diese Krise wurde dadurch verstärkt, dass der Premierministerin von Bangladesch, Sheikh Hasina, nachgesagt worden war, gegenüber Indien nicht energisch genug die Interessen ihres Landes ins Spiel gebracht und Bangladesch an Indien geradezu verkauft zu haben. Umso größer war also die Erwartung, dass sie in Sachen CAA und Diskriminierung der Muslime jetzt Klartext reden muss. Nun herrscht auch in Bangladesch ein Krisenmodus im Zusammenhang mit dem CAA.

Klartext redete hingegen die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet. Anlässlich der 43. Tagung des UN-Menschenrechtsrates (Februar/März) ließ sie über ihr Büro mitteilen, dass das Hochkommissariat (OHCHR) für den indischen Supreme Court eine sogenann-

te *amicus curiae*-Stellungnahme (rechtliche Stellungnahme Dritter) zum CAA verfasst habe. Der Protest aus dem indischen Außenministerium kam prompt. Es handele sich um „interne Angelegenheiten“ und „die Souveränität des indischen Parlaments, Gesetze zu verabschieden“. Dass Menschenrechtsverletzungen nicht allein eine nationale Angelegenheit, sondern auch Bestandteil der internationalen Beziehungen sind und somit von außen bewertet werden dürfen, und dass das Hochkommissariat für Menschenrechte laut UN-Statut jederzeit und zu allen Belangen eine Stellungnahme abgeben kann, muss dem Ministerium in diesem Moment entgangen sein.

Klartext sprach ebenso Arundhati Roy im Rahmen einer Kundgebung am 22. Februar in Jantar Mantar in Delhi. Dieser Gewaltausbruch „ist unsere Version des Coronovirus. Wir sind krank.“ Auch eine NGO-Allianz aus Amnesty International India, CIVICUS, FORUM-ASIA und der *Fédération internationale pour les droits humains* (FIDH) nahm beim UN-Menschenrechtsrat Stellung. Außerdem kam es in mehreren europäischen Städten, so auch in Berlin, zu öffentlichen Protestaktionen. An das Europäische Parlament wurde eine Petition gerichtet, sich kritisch zur Gewalt vor allem im Nordosten von Delhi zu äußern, durch die mindestens 35 Menschen getötet und über 200 verletzt worden waren. Im Europäischen Parlament fand sich jedoch keine Mehrheit für eine Resolution.

Donald Trump in Delhi

Anlässlich der Stippvisite von Donald Trump am 20. Februar in Indien bemerkte ein Kommentator des *Brookings-Instituts* in Washington sarkastisch, Trump sei zum Wahlkampf in Indien, denn seine Zustimmungswerte seien so gut nie zuvor - in Indien. Laut einer Umfrage des *Pew Research Center* im Vorfeld der Trump-Visite zeigten sich bis zu 56 Prozent der befragten Inder/-innen von seiner Außenpolitik überzeugt. Im Jahr 2016 hatte diese Zahl bei 16 Prozent gelegen. Ebenso bemerkenswert: Derselbe Kommentator stellte fest, dass mittlerweile Indien mehr militärische Übungen mit den USA abhalte als mit vielen NATO-Verbündeten, und dass noch

vor einem Vierteljahrhundert es praktisch keine militärischen Beziehungen zwischen den USA und Indien gegeben habe. Die Geschäftsführerin von Amnesty International USA stellte fest, dass die Politik sowohl der US-amerikanischen als auch der indischen Führung von einer antimuslimischen Stimmung durchdrungen sei. Jahrzehntlang seien die Beziehungen zwischen den USA und Indien durch gemeinsame Werte wie Menschenrechte und Menschenwürde geprägt gewesen. Heute seien die gemeinsamen Werte Diskriminierung, Borniertheit und Feindseligkeit gegenüber Flüchtlingen.

Supreme Court entfernt Forstminister

Am 19. März wies der Oberste Gerichtshof von Indien die Landesregierung von Manipur an, den Forstminister Thounaojam Shyamkumar aus dem Kabinett zu entfernen. Die Landesregierung wird von der BJP geführt. Ein Landtagsabgeordneter der Kongress-Partei hatte geltend gemacht, Thounaojam Shyamkumar sei auf der Kongress-Partei-Liste 2017 in den Landtag gewählt worden, unmittelbar nach der Wahl zur BJP übergetreten und mit einem Kabinettsposten versorgt worden. Dies sei in dieser Form laut indischer Verfassung (X. Anhang) unstatthaft (*disqualifying*). Am 21. Januar hatte die Anhörung stattgefunden. Der Supreme Court traf die Anordnung, weil die lokalen Institutionen, Landtagspräsident und Manipur High Court, das seit 2017 anhängige Verfahren nicht entschieden oder verzögerten. Bis zu weiteren Anordnungen des Gerichts ist es Thounaojam Shyamkumar untersagt, sein Mandat im Landtag wahrzunehmen.

Amazon stellt sich gegen Wettbewerbskommission

Der Internetversandhändler Amazon akzeptiert die im Januar 2020 getroffene Entscheidung der indischen Wettbewerbsbehörde nicht, eine Untersuchung gegen das Unternehmen wegen Verstößen gegen das Wettbewerbsrecht einzuleiten. Indische Einzelhändler hatten geklagt, Amazon und das Walmart-eigene Flipkart hätten absichtlich Verluste in Milliardenhöhe gemacht, um hohe Rabatte und Wettbewerbsvorteile gegen kleine Verkäufer erzielen zu können. Die Vorwürfe bezogen sich insbesondere auf die exklusive Einführung von Mobiltelefonen, Bevorzugung bestimmter Verkäufer auf den Internet-

plattformen, hohe Rabatte und Bevorzugung von Eigenmarken. Dies sei ein eindeutiger Verstoß gegen das Wettbewerbsrecht. Die beiden Unternehmen bestritten die Vorwürfe. Amazon nannte die Feststellung der Wettbewerbsbehörde „pervers, willkürlich und rechtlich unhaltbar“ und beantragte beim Karnataka High Court in Bangalore eine Rücknahme des Untersuchungsverfahrens. Amazon erklärte bei dieser Gelegenheit, das Vorgehen der Wettbewerbskommission habe dem Ruf des Unternehmens irreparablen Schaden zugefügt. Interessanterweise erfolgte das Statement der Wettbewerbskommission zwei Tage vor dem angekündigten Besuch des Amazon-Chefs, Jeff Bezos, in Indien. Während einer Amazon-Veranstaltung in Delhi versprach Bezos, 1 Milliarde US-Dollar für die Digitalisierung kleiner und mittlerer indischer Unternehmen ausgeben zu wollen. Es war Bezos zweiter Besuch in Indien, wobei ihn die indische Regierung dieses Mal eher kühl empfing und kein hochrangiger Regierungsvertreter mit Bezos sprechen wollte. Bei seinem ersten Besuch im Jahr 2014 hatte Bezos ein Treffen mit Premierminister Narendra Modi.

Ansichten aus dem Inneren

Ende Januar veröffentlichte der ehemalige stellvertretende Direktor der indischen Bundespolizei CBI, M. Nageswara Rao, einen Artikel unter dem Titel *The Dangers of Foreign Funding* im *Organiser - Voice of The Nation*, Hausblatt des RSS. Rao forderte ein Verbot der ausländischen Finanzierung von NGOs in Indien. Auch Spenden oder Zuschüsse für wohltätige Zwecke würden einer versteckten Agenda folgen. Es sollte nur „ausländischen Bürgern Indiens“ erlaubt sein, an indische NGOs zu spenden, und zwar um alte indische Texte und traditionelles indisches Wissen zu erhalten, zu studieren und zu fördern. Wenn ausländische Geldgeber eine philanthropische Motivation hätten, warum gäben sie das Geld dann nicht an Bedürftige in ihren eigenen Ländern? Diejenigen, die sich in Indien „Zivilgesellschaft“ nennen, würden am wenigsten von der indischen Gesellschaft unterstützt, stattdessen aber von Ausländern. Das sei ein Hinweis darauf, dass die Themen, mit denen sich diese NGOs befassen, nicht relevant seien. Indien sei keine Bettelnation, die ausländische Zuwendungen benötige. Der Empfang ausländischer Spenden müsste verboten werden, mit Ausnahme von Spenden der Diaspora.

Kein neuer Handelsvertrag mit den USA

Im Vorfeld der Visite von US-Präsident Donald Trump hatten indische Politiker/-innen gehofft, es könnte zu einem Neustart der Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern kommen. Es geht insbesondere um die Vorteile aus dem allgemeinen Zollpräferenzsystem der USA (*Generalized Scheme of Preference*, GSP). Die US-Handelsbehörde hat Indien inzwischen als entwickelte Wirtschaft eingestuft, die für die Vorteile aus dem GSP nicht in Frage komme. Die Zollpräferenzen sollten für fast 2000 Produkte gelten, einschließlich Autoteile und Textilien. Im Jahr 2017 war Indien noch der größte Nutznießer des Programms mit 5,7 Milliarden US-Dollar an zollfreien Importen in die USA gewesen. Die USA wiesen jetzt darauf hin, dass Indien seinerseits eine Reihe von Handelsschranken errichtet habe. Präsident Trump störte sich unter anderem daran, dass Indien hohe Importzölle auf Harley-Davidson-Motorräder erhoben hatte. Im November 2019 hatte er eine Verordnung erlassen, die den zollfreien Status für 50 Artikel beendete.

Klimabericht von „unten“

Das *People's Climate Network* hat Anfang März einen Bericht zu den Klimafolgen herausgebracht, der Zeugnisse lokaler Bevölkerungen und deren Sicht auf die Probleme wiedergibt, und wie sie sich den Folgen entgegenstemmen. Zu Indien bietet der Bericht einen Einblick in die Erfahrungen von Gemeinden in Westbengalen und den Sundarbans, Odisha, Jharkhand und Chhattisgarh. Gegenden in Indien, in denen Gewässer und Wälder durch Klimawandel, Entwaldung und einseitige Entwicklung nachhaltig bedroht sind. Die Befragungen zu diesem Bericht fanden im Frühjahr und Sommer 2019 statt und wurden von Mitgliedern des Netzwerkes durchgeführt. In den Gesprächen kommen Bewohner/-innen lokaler Gemeinschaften und gewählte Vertreter/-innen lokaler Selbstverwaltungsorgane zu Wort.

Die Sundarbans in Westbengalen (wie auch in Bangladesch) sehen sich einem Anstieg des Meeresspiegels aber auch lokaler Faktoren wie Landabsenkungen und Veränderungen der Flussläufe gegenüber. Eine Frau von der Insel *I-plot* erklärte den Anstieg so: Aufgrund der globalen Erwärmung schmilzt mehr Schnee. Und das Wasser im Meer und im Fluss steigt. Die Menschen blockieren die kleinen Kanäle und verwandeln es in Land. Auf der einen Seite steigt die Wassermenge, auf der anderen Seite hat es weniger Fläche zum Fließen.

In den Siedlungsgebieten der Adivasi in Jharkhand, Odisha und Westbengalen werden Wälder abgeholzt, um Kohle und andere Mineralien abzubauen. Dies führt laut Interviews zu veränderten Niederschlagsmustern und übermäßiger Hitze vor allem in Odisha. Die Entwaldung vernichtet die Funktion der Wälder als Kohlenstoffsenke. Die Interviewten stellen fest, dass die beste Chance für die Erhaltung der Wälder darin besteht, dass Adivasi und andere Waldbewohner/-innen ihre Rechte und Kontrolle über ihre Wälder behalten.

Die Bewohner/-innen eines Adivasi-Dorfes in Korba im Bundesstaat Chhattisgarh sehen ihren Wald ebenfalls durch Ressourcenabbau bedroht. Mit der möglichen Vertreibung geht, wie so oft, auch das Wissen um Heilkräuter, Pflanzen zur Behandlung von Malaria, Typhus oder zur Heilung von Knochenbrüchen, das heißt ihre ganze Kultur verloren. Bewohner/-innen aus Buxa-Fort in Nordwestbengalen leben in unmittelbarer Nähe zum Tigerreservat Buxa. Sie fürchten die Vertreibung aufgrund eines Urteils des Obersten Gerichtshofs von Indien Anfang 2019. Die Interviewten konstatierten, dass sie dort seit Jahr und Tag Bäume gepflanzt und Häuser gebaut, also entscheidend zum bisherigen Klimabestand beigetragen haben. Der Bericht und Video-Aufnahmen sind abrufbar via <https://storymaps.arcgis.com/stories/d5fb260c9f6643738624dd-8b89abb8ba/print>.

Stan Swamy

Gehetzt, aber nicht bezwungen, so bezeichnete der Menschenrechtsaktivist Stan Swamy vom Jesuitenorden seine momentane Verfassung in einem Artikelbeitrag vom 20. Februar für das Internetportal *Counter Currents*. Die zweite Hälfte des Jahres 2019 sei sehr anstrengend und ernüchternd gewesen. Die Polizei von Jharkhand sei hinter mir her gewesen [damals noch unter der BJP-Landesregierung, Anm. d. Red.], er seinerseits hinter der Polizei. Mit dem Unterschied, die Polizei habe illegal gehandelt, er legal. Letztlich erklärte der High Court von Jharkhand den Haftbefehl gegen ihn, die Razzia an seinem Arbeitsplatz und die Beschlagnahmung seiner persönlichen Gegenstände für illegal und hob eine Verfügung der Vorinstanz auf. Aufgrund der staatlichen Verfolgung hatte Stan Swamy in diesem halben Jahr Schutz in den Bundestaaten Tamil Nadu, Kerala und Karnataka gesucht. Er kann sich jetzt wieder relativ frei bewegen.